

**Landkreis Ebersberg**

**14. Wahlperiode 2014-2020/ULV/02. ULV-Ausschuss**



**Protokoll**

**02. Sitzung des ULV-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil  
am Dienstag, 30.09.2014 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Gabriele Huber

**Anwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Föstl, Magdalena  
Lechner, Martin  
Müller, Alexander  
Schmidt, Arnold  
Vodermair, Manfred  
Wieser, Bernhard

abwesend ab 18:45 Uhr  
Vertreter von Frau Franziska Hilger

Vertreter von Herrn Johann Riedl

**SPD-Fraktion**

Bittner, Ursula  
Glaser, Renate Dr.  
Poschenrieder, Bianka

abwesend ab 17:30 Uhr  
abwesend ab 18:35 Uhr

**GRÜNE-Fraktion**

Ackstaller, Ilke  
Goldner, Philipp

**Freie Wähler-Fraktion**

Maurer, Ludwig  
Ossenstetter, Simon

**AG AfD-BP-ödp**

Adlberger, Nikolaus

Vertreter von Herrn Hagen Theurich

**Abwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Hilger, Franziska  
Riedl, Johann

vertreten durch Herrn Alexander Müller  
vertreten durch Herrn Bernhard Wieser

**AG AfD-BP-ödp**

Theurich, Hagen

vertreten durch Herrn Nikolaus Adlberger

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Kreisstraßen; EBE 8; Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Nettelkofen; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.07.2014  
Vorlage: 2014/2217
- TOP 4 Kreisstraßen; EBE 8, Ausbau zwischen Nettelkofen und St 2089  
Vorlage: 2014/2242
- TOP 5 Radwegenetz im Landkreis Ebersberg
  - a) Information Radwegenetz
  - b) Antrag der SPD-Fraktion vom 03.08.2014"Feststellung von Gefahrenstellen für Radfahrer und Fußgänger im Landkreis Ebersberg" mit Ergänzungsantrag der Bayernpartei  
Vorlage: 2014/2237
- TOP 6 Nachtexpress  
Vorlage: 2014/2210
- TOP 7 Fortführung Regionalmanagement 2015  
Vorlage: 2014/2230
- TOP 8 Besetzung des Regionalbeirates;  
Weiterbeauftragung der Mitglieder, die nicht Kreisräte sind  
Vorlage: 2014/2215
- TOP 9 Abfallwirtschaft, Behandlung der Bioabfälle - Weiteres Vorgehen  
Vorlage: 2014/2238
- TOP 10 Energiewende 2030; Konzentrationsflächenplanung Windenergie;  
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 20.07.2014  
Vorlage: 2014/2216
- TOP 11 Vorplanung Haushalt 2015 für das Teilbudget des ULV-Ausschusses und Kommunale Abfallwirtschaft (KAW)  
Vorlage: 2014/2038
- TOP 12 Einführung der Rufbuslinie 443  
Steinhöring-Traxl-Frauenneuharting-Tulling-Sankt Christoph-Abersdorf-Steinhöring  
Vorlage: 2014/2209
- TOP 13 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 14 Informationen und Bekanntgaben
  - TOP 14.1 Windenergie; Messergebnisse im Ebersberger Forst
  - TOP 14.2 Tagesordnung Hearing im Kreistag am 22.11.2014
  - TOP 14.3 Zuschuss für die Energieagentur
  - TOP 14.4 Verlängerung der Vertragslaufzeit des Klimaschutzmanagers
  - TOP 14.5 Beitritt des Landkreises zur gentechnikfreien Region
  - TOP 14.6 Kreisstraße EBE 05; Grundsanie rung des Neufarner Bergs
  - TOP 14.7 Kreisstraße EBE 17; Kreisverkehr Segmüller
- TOP 15 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 16 Anfragen

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Mitglieder des ULV-Ausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 1. Sitzung des ULV-Ausschusses am 23.07.2014 gab es keine Einwände; damit erklärte Landrat Robert Niedergesäß die Niederschrift als einstimmig genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

Landrat Robert Niedergesäß erkundigte sich nach Fragen der Bürger. Frau Obermaier aus Nettelkofen schilderte die Situation der Anlieger der EBE 8 durch Nettelkofen. Die Fahrzeuge fahren teilweise mit 70 km/h durch den Ort. Aufgrund der gefährlichen Situation für Radfahrer würden diese den Gehweg benutzen. Das Hochbord war vor der Sanierung der Straße bei 12 cm, was auch danach so sein sollte. Jetzt seien es nurmehr 4 – 6 cm.

Des Weiteren sei ein vorher vorhandenes Schild „Betriebsausfahrt“ entfernt worden.

Frau Obermaier erklärte, dass folgende Punkte den Anliegern sehr helfen würden:

- Eine Querungshilfe, wobei hier bereits Anträge in den Jahren 2005/2009 und 2011 gestellt wurden.
- Tempo 30 im Ortsgebiet Nettelkofen.
- Ein Hinweisschild, dass Radfahrer auf dem Gehweg absteigen sollen und
- ein Mittelstreifen.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass die Tagesordnung gedreht werde und der TOP 4 „Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Nettelkofen“ als TOP 3 erfolge. Sollte Frau Obermaier noch Fragen haben, werde er die Sitzung öffnen, damit sie diese stellen könne.

TOP 3	Kreisstraßen; EBE 8; Verkehrsberuhigung Ortsdurchfahrt Nettelkofen; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.07.2014
-------	---

2014/2217

15/

An der Beratung nahmen teil: Johannes Dirscherl    Leiter des Sachgebietes 15, Kreisstraßen

Frank Ruckdäschel    Mitarbeiter des Staatlichen Bauamtes Rosenheim, Straßenbau

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass das Landratsamt mit den Bürgern von Nettelkofen bereits seit längerer Zeit in direktem Kontakt stehe. Im Anschluss an eine bereits stattgefundene Ortsbegehung konnten auch schon einzelne Punkte umgesetzt werden.

Auf Wunsch der Bürger sei bereits ein weiterer Termin geplant, vorgeschlagen seitens der Verwaltung wurde der Oktober. Auf Wunsch der Anlieger finde der geplante Termin nun aber im November statt. Zusammen mit der Stadt Grafing, dem Landratsamt Ebersberg, der Polizei und dem Staatlichen Bauamt Rosenheim sollen alle offenen Punkte mit den Bürgern vor

Ort besprochen und einer Lösung zugeführt werden. Bei diesem Ortstermin könnten auch die Ausschuss-Mitglieder des ULV dabei sein.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hatte mit Schreiben vom 29.07.14 einen Antrag mit 5 Unterpunkten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der OD Nettelkofen gestellt. Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an die Antragssteller.

KR Philip Goldner erläuterte, dass für ihn gewisse Widersprüche in den Begründungen zu Tempo 30, der Querungshilfe und der Abmarkierung gem. der StVO bestünden. Er möchte weiterhin an der Möglichkeit des Fahrradschutzstreifens, der Querungshilfe und Tempo 30 festhalten.

KRin Ilke Ackstaller erklärte, dass der Verkehr seit dem weiteren Ausbau der Unterführung und der Entlastung des Marktplatzes der Stadt Grafing, was auch Sinn mache, zugenommen habe. Hier werde den Anwohnern in Nettelkofen viel zugemutet. Es werde vor und hinter der Kurve in der Ortsmitte schneller gefahren. Daher sei eine Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll.

Herr Ruckdäschel erläuterte, dass ein Fahrradschutzstreifen nur auf einer Seite möglich sei.

Die untere Verkehrsbehörde sei zuständig für die Freigabe des Gehweges für Radfahrer. Der Gehweg sei nicht asphaltiert und würde dann noch schmaler. Zur Geschwindigkeitsthematik: die Straßenführung würde es nicht zulassen schneller zu fahren. Allerdings am Ortsrand, an dem die Bebauung nur einseitig sei, würden die Verkehrsteilnehmer die geschlossene Ortschaft nicht gleich erkennen. Der Hochbord-Standard war früher bei 12 cm und sei jetzt bei 8 cm. Zum Bauzeitpunkt sei es nicht aufgefallen, dass er die 8 cm nicht habe - die Bauüberwachung wurde an ein Ingenieur-Büro übergeben. Bei einem Mangel, der nicht zu beheben sei, könne nur ein Preisnachlass geltend gemacht werden. Für einen Fahrbahnteiler müssten 2 m gerechnet werden, so dass man eine Straßenbreite von mindestens 9 m bräuchte. Wegen der Schleppkurven für LKWs könne im Ortsbereich keine Insel gebaut werden, des Weiteren müsste vorab eine ausreichende Sicht vorhanden sein.

KRin Bianka Poschenrieder erklärte, dass ihre Fraktion die Situation in Nettelkofen besichtigt habe und den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nur unterstützen könne. Die Autos würden in der Kurve deutlich zu schnell fahren, wo auch der Schulbus halte. Sie erkundigte sich, ob evtl. ein Zebrastreifen oder eine Druckknopfampel sowie eine Mittellinie im Kurvenbereich möglich seien, um dadurch die Gefahrensituation zu reduzieren.

Herr Ruckdäschel beantwortete die Frage insofern, dass für einen Zebrastreifen oder für eine Druckknopfampel genügend Sicht vorhanden sein müsse, um rechtzeitig reagieren zu können. Dies sei im Kurvenbereich nicht gegeben. Es handle sich hierbei um Muss-Regeln. Zum Vorschlag der Mittellinie gebe es Untersuchungsergebnisse, dass dann schneller gefahren werde. Die Entscheidung obliege der Straßenverkehrsbehörde im Landratsamt.

Auf die Anfrage aus dem Gremium, warum das Hinweisschild auf eine gefährliche Hofeinfahrt entfernt wurde, antwortete Herr Ruckdäschel, dass dies aufgrund der Anordnung der unteren Verkehrsbehörde im Landratsamt Ebersberg erfolgte.

Folgende Anregungen kamen aus dem Gremium:

- Der ULV-Ausschuss solle vor Ort diskutieren.
- Ein elektronischer Zeigefinger sei sinnvoll.
- Eine Geschwindigkeitsmessung ohne rechtliche Verfolgung solle durchgeführt werden. Darauf erklärte Herr Ruckdäschel, dass er es versuchen werde, aber nichts versprechen könne.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Der ULV fasste folgenden Beschluss:**

1. **Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung des ULV-Ausschuss über die rechtlichen Möglichkeiten der Temposteuerung / -reduzierung auf Kreisstraßen referieren.**
2. **Im südlichen Bereich – Richtung Grafing-Bahnhof – von Nettelkofen soll eine Abmarkierung eines Fahrrad-Schutzstreifens geprüft werden.**
3. **Eine Querungshilfe im mittleren Bereich von Nettelkofen soll im Rahmen des gemeinsamen Ortstermins abschließend geprüft werden**
4. **Eine Verkehrsinsel als verkehrsberuhigende Maßnahmen am nördlichen Orts-  
eingang soll im weiteren Verlauf der Planung geprüft und nach Möglichkeit um-  
gesetzt werden.**
5. **Der ULV-Ausschuss tagt im Rahmen eines Ortstermins in Nettelkofen zusam-  
men mit der Stadt Grafing, dem Straßenbauamt Rosenheim, der Polizei und den  
Anliegern.**



**einstimmig angenommen**

TOP 4	Kreisstraßen; EBE 8, Ausbau zwischen Nettelkofen und St 2089
-------	--

2014/2242

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 23.07.2014, TOP 4

An der Beratung nahmen teil: Johannes Dirscherl Leiter des Sachgebietes 15, Abfallwirtschaft und Kreisstraßen  
Andreas Stephan Leiter der Abteilung 1, Zentrales  
Frank Ruckdäschel Mitarbeiter des Staatlichen Bauamtes Rosenheim, Straßenbau  
Norbert Neugebauer Leiter Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und führte kurz in den Sach-  
verhalt ein.

Die Maßnahme müsse mit den Bürgern und der Stadt Grafing noch diskutiert werden. Sie  
bleibe noch auf der Warteliste, so Landrat Robert Niedergesäß.

Er übergab das Wort an Herrn Ruckdäschel, der eine Präsentation zeigte, die als Anlage 1  
diesem Protokoll beigefügt ist, zu folgenden Punkten, mit der Darstellung der jeweiligen Kos-  
ten:

- Ausbau EBE 08 Nettelkofen – Seeschneid
- EBE 08; Umbau Seeschneider Kreuzung
- Geh- und Radweg bis Grafing-Bahnhof.

Nach der Präsentation erklärte Landrat Robert Niedergesäß, die gezeigten Alternativen und  
Planungen sollten erst zur Kenntnis genommen werden. Es solle erst die Meinung der Stadt  
Grafing, der Bürger sowie des „Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e.V.“ (ADFC) und „Run-  
der Tisch Radwege“ (RTR) eingeholt werden. Wenn der Radweg zu weit weg von der Straße  
geführt würde, hätte er gewisse Sicherheitsbedenken. Die Diskussion müsse auch in den  
Fraktionen stattfinden. Im Frühjahr könnten dann die Planungsvarianten vorgestellt werden.

Auf Nachfrage sicherte Herr Neugebauer zu, die gezeigte Präsentation den Fraktionen und  
den Ausschussmitgliedern per E-Mail zu übersenden.

**Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und geklärt:**

- Hinweis auf das Modellprojekt für Radstreifen außerhalb von Ortschaften, das Ende des Jahres auslaufe. Darauf Herr Ruckdäschel, dass diese Schutzstreifen außer Orts ein Versuch seien, die am Ende demarkiert würden. Das Ergebnis des Versuchs sei derzeit offen. Planungen seien deswegen noch unsicher.
- Anfrage, ob die Weiterführung der Kreisstraße ab der Seeschneider-Kreuzung bis nach Wiesham weiterhin nötig sei und ob diese nicht als Gemeindestraße abgestuft werden könnte. Darauf Herr Stephan, dass nach Angaben der Stadt Grafing vor Jahren die Prüfung im Planfeststellungsbeschluss zur B304 enthalten gewesen sei. Mit der Stadt Grafing wurde vereinbart verwaltungsintern diese Frage in den nächsten Monaten anzugehen. Im Frühjahr 2015 werde über das Ergebnis berichtet.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Der ULV-Ausschuss nimmt die vorgestellten Planungsvarianten des Straßenbauamtes Rosenheim zur**
  - a) Sanierung der EBE 8 zwischen Nettelkofen und Seeschneider Kreuzung (Variante 1 und 2)**
  - b) Neugestaltung der „Seeschneider Kreuzung“ (Varianten / Kreuzung / Kreisverkehr)**
  - c) Lösung der möglichen Radwegverbindungen zur Kenntnis.**
- 2. Zur Lösung der Radwegsituation sollen insbesondere der „Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e.V.“ (ADFC) und der „Runde Tisch Radwege“ (RTR) miteinbezogen werden.**
- 3. Die Fraktionen und Wählergruppierungen werden gebeten, sich mit den Planungsvarianten zu befassen.**
- 4. Die Stadt Grafing wird in den Planungsprozess eingebunden und gebeten, sich mit den Planungen auseinanderzusetzen.**
- 5. Eine Bürgerbeteiligung ist durchzuführen.**
- 6. Es ist vorgesehen, dass sich der ULV-Ausschuss in seiner Sitzung im März 2015 erneut mit diesem Thema befasst.**



**einstimmig angenommen**

TOP 5	Radwegenetz im Landkreis Ebersberg
	a) Information Radwegenetz
	b) Antrag der SPD-Fraktion vom 03.08.2014 "Feststellung von Gefahrenstellen für Radfahrer und Fußgänger im Landkreis Ebersberg" mit Ergänzungsantrag der Bayernpartei

2014/2237

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 23.07.2014, TOP 10

An der Beratung nahmen teil:

Johannes Dirscherl, Leiter des Sachgebietes 15; Kreisstraßen

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Dirscherl. Dieser erklärte, dass seit längerer Zeit bereits an einem Konzept der Neu-

gestaltung und Ausschilderung der alltagstauglichen Radwegeverbindungen im Landkreis gearbeitet werde. Dieses Konzept beinhalte neben einer grundsätzlichen Überarbeitung des Netzes auch eine Beachtung der neuralgischen und gefährlichen Punkte.

Die Erneuerung der Beschilderung der überregionalen Radwege wurde bereits abgeschlossen. Der Landkreis werde für sein regionales Netz die gleiche Schilderart verwenden.

Der Auftrag zur „Erstellung und zum Abgleich eines landkreisübergreifenden Routennetzes“ wurde vor der Sommerpause an einen Fachplaner vergeben. Dieser solle auch die Schwachpunkte untersuchen, Alternativen/Empfehlungen bei Gefahrenstellen an klassifizierten Straßen leisten.

Die Gemeinden sollen bei den Gemeindestraßen miteingebunden werden.

In Absprache mit den Gemeinden und dem Straßenbauamt Rosenheim werden bereits folgende Radwegeverbindungen geplant:

- EBE 6 Hohenlinden – Steinhöring, ist bereits beschlossen.
- EBE 8 Grafring Bahnhof – Seeschneider Kreuzung
- EBE 20 Frauenneuharting – Lauterbach

Die Arbeitsgruppe „Runder Tisch Radwege“ berichtete in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 08.07.2014 über den aktuellen Sachstand.

Es wäre notwendig, zusammen mit den 21 Gemeinden das Radwegenetz zu gestalten, damit dies nicht nur auf Ehrenamtsbasis stattfände.

Auf Anraten aus dem Gremium wurde der Beschlussvorschlag um die Verkehrssicherungspflicht durch die Gemeinden ergänzt.

Auf Nachfrage aus dem Gremium sicherten Herr Dirscherl und Herr Neugebauer zu, dass die ULV-Mitglieder die Ergebnisse der Untersuchung sehen dürften.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Landkreisgemeinden und dem Straßenbauamt sowie in Übereinstimmung mit dem Mobilitätskonzept des Landkreises ein Radwegekonzept zu entwerfen und umzusetzen.**
- 2. In Zusammenhang mit Nr. 1 werden gemäß Antrag der SPD-Fraktion, ergänzt durch den Antrag von KR Christian Eckert, die Gefahrenstellen für Radfahrer und Fußgänger im Landkreis Ebersberg festgestellt. Die Gemeinden werden dabei gebeten, alle potentiellen Gefahrstellen zu erfassen und aufzulisten und im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht zu beheben.**
- 3. Eine zusätzliche personelle Ausstattung des zuständigen Fachbereichs im Landratsamt ist derzeit nicht vorgesehen. Etwaige zusätzliche Tätigkeiten sollen ggf. extern vergeben werden sowie eine Zusammenarbeit mit und eine Zusammenarbeit der Gemeinden angestrebt werden.**



**einstimmig angenommen**

TOP 6	Nachtexpress
-------	--------------

2014/2210

11/851-7

An der Beratung nahmen teil: Henry Rüstow, Mitarbeiter des Sachgebietes 11; Zentrales und Kreisangelegenheiten  
Christa Stewens, Vorsitzende des Vereins „Nachtexpress Ebersberg e.V.“  
Marianne Künzel; Vorsitzende des Vereins „Nachtexpress Ebersberg e.V.“  
Georg Schweiger, Vorsitzender des Vereins „Nachtexpress Ebersberg e.V.“

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt und führte kurz in den Sachverhalt ein und erklärte, dass es sinnvoll wäre die Fortführung des Betriebes um ein Jahr zu verlängern und zu analysieren, warum die Fahrgastzahlen rückläufig sind und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um das Angebot wieder attraktiver zu machen.

Frau Stewens erklärte, dass der Verein gegründet wurde aus der Sorge heraus, Möglichkeiten zu schaffen, damit junge Menschen sicher nach Hause kommen. Trotz des ehrenamtlichen Engagements sei es kein gemeinnütziger Verein, sondern ein Wirtschaftsbetrieb, da Busse zum Einsatz kommen. Seit 2010 gebe es auch den Freitagsbetrieb und seit 01.01.2014 gelte nun ein neuer Fahrplan für den Nachtexpress. Trotz Werbung durch den Verein Nachtexpress e.V. haben sich die Fahrgäste wohl noch nicht auf den neuen Fahrplan eingestellt, was mit Fahrgastrückgängen verbunden war. Die neue Geschäftsführerin sei sehr aktiv und fahre auch selbst mit. Es seien sämtliche Haltestellen gekennzeichnet, die Fahrpläne des Nachtexpresses wurden an allen Schulen ausgelegt, die Diskotheken wurden informiert, es gebe auch eine Website sowie einen Facebook-Auftritt. Die Presse und die Wochenblätter informierten ebenfalls über das Angebot des Nachtexpresses.

In einem Jahr fährt der Nachtexpress an 52 Freitagen, 52 Samstagen sowie auch an Silvester und bei Open Airs, trotzdem sanken die Fahrgastzahlen.

Der Verein könne ein Defizit nicht auffangen, daher läge die Entscheidung beim ULV-Ausschuss.

Der Verein werde sich auch weiterhin um Spenden bemühen.

**Folgende Punkte wurden angesprochen:**

- Den Nachtexpress zu beleben, da ansonsten dies pro Jugendlichen zu teuer werde. Evtl. über Alternativen nachzudenken, z.B. unterstützen von Sammeltaxen.
- Der Nachtexpress solle auf Probe fortgesetzt werden, aber im Beschlussvorschlag ein Prüfungsauftrag über Alternativen als zusätzlicher Punkt aufgenommen werden, z.B. Taxigutschein von 5 €.
- Herr Rüstow bedankte sich beim Verein „Nachtexpress e.V.“ für die gute Zusammenarbeit und wies darauf hin, dass der Nachtexpress nicht nur ein Angebot für Jugendliche, sondern auch für jeden Landkreisbürger für 2 € die ganze Nacht sei. Dies entspreche auch dem Leitgedanken des Mobilitätsforums des Landkreises Ebersberg „Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“. Der Nachtexpress solle auch in der neuen Landkreiszeitschrift „Ebersblick“ beworben werden und sei im neuen Landkreisfahrplanheft mit QR-Code veröffentlicht.

**Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Der Betrieb des Nachtexpresses wird mindestens bis Ende 2015 seitens des Landkreises unterstützt.**
- 2. Über die weitere Unterstützung des Nachtexpresses ab Januar 2016 ist nach dem Bericht des Vereins Nachtexpress e.V. im ULV-Ausschuss im Herbst 2015 zu entscheiden.**
- 3. Die notwendigen Betriebskosten für den Nachtexpress werden durch den Landkreis Ebersberg für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 bis zum Defizitausgleichsbetrag des Vereins Nachtexpress e.V. getragen. Hierfür ist durch den**



**Landkreis für das Haushaltsjahr 2015 vorsorglich zu den bisherigen Kosten von 105.000 € zusätzlich ein Betrag von 15.000 € einzuplanen. Den für 2014 entstehenden überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von bis zu 15.000 € wird zugestimmt.**

- 4. Der Verein „Nachtexpress“ wird beauftragt, sich zusammen mit der Landkreisverwaltung, dem Kreisjugendring und weiteren möglichen Partnern Gedanken über zukunftsorientierte Konzepte und Alternativen zu machen und bis Mitte 2015 vorzulegen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 7	Fortführung Regionalmanagement 2015
-------	-------------------------------------

2014/2230

WR

Vorberatung

ULV Ausschuss am 23.07.2014, TOP 6 ö

An der Beratung nahmen teil:

Augustinus Meusel, Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement  
Patrick Ansbacher, Mitarbeiter der Fa. B.A.U.M. Consult GmbH  
Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Meusel, der kurz in den Sachverhalt der versandten Sitzungsvorlage einführte.

Das extern beauftragte Regionalmanagement wurde bei der Stabsstelle Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement angebunden. Tätigkeitsschwerpunkte 2014 waren die Themen Mobilität, Nachhaltige Landwirtschaft / ländlicher Raum und Energiewende.

Die Themenschwerpunkte Mobilität und nachhaltige Landwirtschaft sollen auch für 2015 bestehen bleiben. Hier soll die Arbeit vor allem in den Leitprojekt- bzw. Kleingruppen fortgesetzt werden. Zusätzlich soll im Bereich Mobilität die Leitprojektgruppe „Alltagstauglicher Radverkehr“ von BAUM moderiert werden und es sei vorgesehen, die Moderation der geplanten Gesundheitskonferenz an BAUM zu übertragen.

Zum Thema Gesundheitskonferenz ergänzte Landrat Robert Niedergesäß; die Ziele der Gesundheitskonferenz seien

- Erarbeitung des Ist-Standes im Gesundheitssektor
- Analyse der Versorgungssituation
- Management- und Steuerungsinstrument
- Formulierung von kommunalen Gesundheitszielen
- Schaffung neuer Kooperationsprojekte oder gemeinsamer Maßnahmen
- Handlungsempfehlungen, die unter Selbstverpflichtung der Beteiligten umgesetzt werden.

Zur Organisation der Gesundheitskonferenz teilte Landrat Robert Niedergesäß mit, dass diese im Frühjahr 2015 geplant sei und dann einmal jährlich stattfinden soll. Die Federführung habe die Abteilung 5 Gesundheitsamt. Die Fa. Baum Consult soll die Konferenz moderieren und die Vor- und Nachbearbeitung begleiten. Die Teilnehmer wären, u.a.:

- Vertreter der Kreisklinik
- Ärztlicher Kreisverband
- Haus- und Fachärzte
- Patientenvertreter
- Vertreter der Krankenkassen
- Apotheker
- Pflegeeinrichtungen
- Bürgermeister und Kreispolitik

Angelehnt wird das Ebersberger Modell an die Inhalte der drei Modell-Landkreise. Dies sind Bamberg, Rosenheim und Weißenburg-Gunzenhausen.

Die Themen werden in der Gesundheitskonferenz erarbeitet. In einem ersten Gespräch mit Vertretern der Kreisklinik konnten folgende Themen mit Handlungsbedarf herausgearbeitet werden:

- Haus- und Fachärztliche Versorgung („Nachwuchsmangel“)
- Demenz
- Schnittstellenmanagement

Die Vorgespräche mit B.A.U.M. Consult seien Anfang 2015 terminiert.

Herr Ansbacher berichtete anhand einer Präsentation über die Arbeitsschwerpunkte des Regionalmanagements im Jahr 2014, die vollständige Präsentation wurde bereits mit der Sitzungsvorlage als Anlage versandt und ist im Ratsinformationssystem eingestellt (Anmerkung der Schriftführerin).

Herr Meusel verwies auf das Gesprächsforum zum Thema Regionalität am 01.10., Beginn 19:30 Uhr und den Tag der offenen Betriebe am 05.10.

Anregung aus dem Gremium, darauf nochmals in der Tagespresse hinzuweisen.

Auf die Anmerkung aus dem Gremium, dass das Thema Gesundheit und die damit anfallenden Kosten in einen anderen Ausschuss als den ULV gehöre, antwortete Herr Meusel, dass dies nur ein Termin mit Vor- und Nacharbeit mit ca. 15 Stunden sei. Die Kosten dürften sich auf ca. 1.200 € belaufen. Da die Fa. B.A.U.M. moderieren könne, sei es in diesem Rahmen mit aufgenommen worden. Der Energiebereich sei dafür mit 15.000 € im Kreis- und Strategieausschuss veranschlagt.

Anregung aus dem Gremium, Schwerpunkte zu setzen und die Themen Radwege und Mobilitätsforum zu konsolidieren.

Herr Neugebauer teilte dem Gremium mit, dass der Regionalbeirat empfohlen habe, den Vertrag mit Fa. B.A.U.M zu verlängern. Ebenso wurde die vorgesehene Gesundheitskonferenz sehr positiv bewertet.

#### **Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Das Regionalmanagement mit den Schwerpunktthemen Mobilität (u.a. auch alltagstauglicher Radverkehr), nachhaltige Landwirtschaft sowie das Projekt regionale Gesundheitskonferenz wird im Jahr 2015 mit BAUM – Consult per Werkvertrag fortgeführt.**
- 2. Hierfür wird ein Budget von 50.000 € im Haushalt 2015 eingeplant.**



**einstimmig angenommen**

TOP 8	Besetzung des Regionalbeirates; Weiterbeauftragung der Mitglieder, die nicht Kreisräte sind
-------	--

2014/2215

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

BL/RM

Kreisausschuss am 07.10.2002, TOP 53

Kreisausschuss am 10.05.2004, TOP 6

Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der erklärte, dass bisher noch kein Vertreter der Bürgermeister gefunden sei.

Dies werde in der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung erörtert.

Anregung aus dem Gremium, dass im Regionalbeirat auch Junge Leute vertreten sein sollen. Hier wurden der Kreisjugendring, die Landjugend und die Jungbauernschaft des Bauernverbandes genannt.

Aus dem Gremium fand dieser Vorschlag Zustimmung, vor allem würde dies eine Bereicherung sein im Zeitalter von Digitalisierung sowie bei Themen wie dem „Nachtexpress“.

Anmerkung aus dem Gremium; es werde als problematisch angesehen, wenn ein Unternehmen, wie im Beschlussvorschlag die Firma B.A.U.M. Consulting GmbH, formal im Regionalbeirat vertreten sei.

Die Anregungen aus dem Gremium wurden in den Beschlussvorschlag mitaufgenommen und Landrat Robert Niedergesäß ließ darüber abstimmen.

**Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

**1. Folgende Institutionen und Personen sollen neben den Fraktionen und Ausschussgemeinschaften weiterhin im Regionalbeirat vertreten sein:**

<b>Landkreis-Agenda</b> AG Natur und Landschaft	<b>Dieter Mayerl</b>
<b>Landkreis-Agenda</b> AK Bildung, Soziales, Kultur	<b>Hans Rombeck</b>
<b>Landkreis-Agenda</b> Geschäftsführung	<b>Norbert Neugebauer</b>
<b>Wirtschaftsförderung</b> Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement	<b>Augustinus Meusel</b>
<b>Vertreter des Mittelstandes</b> Kreishandwerkerschaft	<b>Johann Schwaiger</b>
<b>Regionalvermarktung</b> Ebersberger Land e.V.	<b>Josef Rüegg</b>
<b>Vertreter der Kreissparkasse</b> Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg	<b>Peter Waßmann</b>
<b>Vertreter der Raiffeisenbank Zorneding eG</b>	<b>Oliver Brandhuber</b>
<b>Vertreter der Bürgermeister</b> Kreisverband Gemeindetag	<b>NN</b>

**2. Der Regionalbeirat wird beauftragt über seine künftige Struktur zu beraten und u.a. folgende Gruppierungen mit aufzunehmen:**

- **Kreisjugendring**
- **Landjugend**
- **Jungbauernschaft des Bayerischen Bauernverbandes.**



**einstimmig angenommen**

KR Martin Lechner stellte den Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages den Tagesordnungspunkt Abfallwirtschaft; Behandlung der Bioabfälle –Weiteres Vorgehen- der ursprünglich als TOP 12 ö geladen wurde vorzuziehen. Das Gremium stimmte dem einstimmig zu.

TOP 9	Abfallwirtschaft, Behandlung der Bioabfälle - Weiteres Vorgehen
-------	---

2014/2238

15/636 - 31

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 23.07.2014, TOP N 18

An der Beratung nahmen teil:

Andreas Stephan, Leiter Abteilung 1, Zentrales und Kreisangelegenheiten  
Dipl.-Ing. (FH) Johann Baumann, Firma AU Consult GmbH

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Baumann, der anhand einer Präsentation den Sachstand erläuterte, die als Anlage 2 diesem Protokoll beiliegt.

Herr Stephan erklärte, dass ein neuer Standort gesucht werden müsste, wenn weiterhin an der energetischen Verwertung der Bioabfälle im Landkreis festgehalten werden soll. Allerdings müsse man einen Zeitraum von ca. 5 Jahren für das Planungsverfahren rechnen. Eine Anlage zusammen mit Nachbarlandkreisen zu betreiben mache nur Sinn, wenn die Anlage bei uns im Landkreis sei. Die jetzige Verwertung der Bioabfälle müsse für die nächsten Jahre ausgeschrieben werden. Die bestehenden Ausschreibungsgrundlagen müssen aber noch juristisch überprüft werden, so Herr Stephan weiter.

**Nach der Präsentation wurden folgende Punkte aus dem Gremium angesprochen:**

- Die Anlage oder das BHKW solle näher an die Bebauung herangerückt und an Nahwärmenetze angeschlossen werden.
- Der Landkreis solle die 21 Gemeinden des Landkreises wegen Grundstücke mit passenden Wärmeabnehmern anschreiben.
- Es solle verantwortlich mit dem im Landkreis erzeugten Biomüll umgegangen und daher dieser auch im Landkreis verwertet werden.
- Es gebe lebensmittelverarbeitende Betriebe im Landkreis, die so eine Anlage befüllen könnten.
- Evtl. ein Grundstück auf der „Schafweide“ zu finden.
- Die Auflagen sind bei Biogut anders als bei Grüngut. Bei Biogut bräuchte es andere technische Voraussetzungen, die auch teuer seien.
- Die Bioabfälle sollen im Landkreis verbleiben. Mit den anderen Landkreisen solle zusammengearbeitet werden, damit auch die Menge der Bioabfälle erhöht werde.
- Es soll ein entsprechendes Wärmekonzept erarbeitet werden.
- Ein Zwischentermin soll in 3 Jahren gesetzt werden.

Herr Baumann erklärte, dass es große Konkurrenz gäbe, bei der kommunale Anlagen nicht mithalten könnten. Im EEG sei geregelt, dass maximal gewerbliche Abfälle mit 20 % hinzugenommen werden können, da ansonsten die Förderung verloren gehen würden. Dies würde gegen eine Aufnahme von Mengen außerhalb des Landkreises sprechen.

Der Beschlussvorschlag wurde entsprechend dem Konsens im Gremium ergänzt und Landrat Robert Niedergesäß ließ darüber abstimmen.

**Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

1. **Die Ausschreibung zur „Errichtung einer Anlage für die Entsorgung der Bio-Abfälle im Landkreis Ebersberg und deren Betrieb“ wird aufgehoben**
2. **Es wird eine Zwischenlösung ausgeschrieben, die die Zeit bis zur endgültigen Lösung überbrücken soll.**
  - a. **Der Ausschreibungszeitraum umfasst drei Jahre und, falls erforderlich, mit zweimaliger Verlängerung um je ein Jahr. Ausgeschrieben wird in drei Gebietslosen, entsprechend der letzten durchgeführten Ausschreibung.**
  - b. **Die rechtliche Zulässigkeit der Ausschreibungsvorgaben wird geprüft.**
3. **Zur Klärung einer gemeinsamen interkommunalen Lösung nimmt der Landkreis Kontakt mit den Kreisen der Region 18 (Südostoberbayern) auf.**
4. **Zur Klärung einer sinnvollen Lösung im Landkreis Ebersberg nimmt der Landkreis Kontakt mit den 21 Gemeinden auf, um vorrangig dezentrale Lösungen zu erreichen.**
5. **Der Landkreis informiert alle Gemeinden zeitnah und bittet sie, Grundstücke für eine solche Verwertungsanlage anzubieten und auch Wärmekonzepte einzubeziehen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 10	Energiewende 2030; Konzentrationsflächenplanung Windenergie; Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 20.07.2014
--------	---

2014/2216  
Vorberatung

BL/EW2030  
ULV-Ausschuss am 02.10.2014, TOP 11ö  
Kreis- und Strategie-Ausschuss am 07.10.2013, TOP 9ö

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an die Antragssteller Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

KR Philip Goldner erklärte, dass es in diesem Antrag nicht nur um die 10-H-Regelung ginge, sondern auch um das Vetorecht der Nachbargemeinden. Die sogenannte Länderöffnungsklausel wurde am 15.07.2014 durch ein entsprechendes Bundesgesetz zur Änderung des Baugesetzbuches beschlossen; ein Entwurf eines entsprechenden Landesgesetzes zur Einführung der sogenannten 10-H-Regelung liege dem Bayerischen Landtag bereits vor. Dieser Gesetzentwurf sieht zur Umsetzung einer „relativen Privilegierung“ zur Berücksichtigung örtlicher und topographischer Gegebenheiten und bei Bestehen eines örtlichen Konsenses vor, dass die Gemeinden im Rahmen Ihrer Planungshoheit weiterhin abweichende Abstände durch Festsetzungen in ihren Bebauungsplänen treffen können.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass es ein Gespräch mit der obersten Baubehörde und dem Landtagsabgeordneten Thomas Huber gegeben habe. Das bisherige Verfahren der Landkreisgemeinden habe keinen Bestandsschutz. Hier handle es sich um ein noch nicht abgeschlossenes Flächennutzungsplanverfahren. Wie Landrat Robert Niedergesäß von der Obersten Baubehörde erfahren habe, soll es ein Vetorecht der benachbarten Gemeinden zu der geplanten 10-H-Regelung wohl nicht mehr geben.

Landrat Robert Niedergesäß las eine Stellungnahme der hausinternen Juristin für Bau und Umwelt Frau Silke Adami vor:

„Nach Ansicht der OBB (in Abstimmung mit Herrn Dr. Dirnberger vom Bayerischen Gemeindegtag) ist keine erneute frühzeitige Behörden und Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich. Es handele sich nicht um eine Änderung der Planung durch die Gemeinden, sondern die Änderung komme quasi „von außen“ aufgrund der geänderten gesetzlichen Vorgaben. Die Konzentrationsflächenplanung beinhalte zwei Elemente:

- Darstellung über die Art der Bodennutzung (Fläche für Windenergie)
- Vorhaben außerhalb dieser Flächen stehen öffentliche Belange entgegen (Art. 35 Abs. 3 BauGB).

Nur Letzteres falle durch die Gesetzesänderung weg. Somit kann die Planung als reguläre Flächennutzungsplanung weitergeführt werden. Im nächsten Verfahrensschritt ist hier natürlich eine Klarstellung in den Unterlagen und Beschlüssen erforderlich.“

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass derzeit für die geplanten Windkraftanlagen im Ebersberger Forst ein Ertragsgutachten gefertigt werde. Die dort geplanten Windräder seien im 10-H-Bereich geplant, also konform zur neuen Gesetzeslage.

KR Alexander Müller schlägt einen alternativen Beschluss vor, über den unter Punkt 2 abgestimmt wurde.

#### **Der ULV-Ausschuss fasste folgende Beschlüsse:**

- 1. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.07.2014 über eine Botschaft von kommunaler Seite an die Bayerische Staatsregierung mit dem Ziel der Ablehnung der 10-H-Regelung und dem geplanten Vetorecht der Nachbarkommunen.**



abgelehnt

**4 Stimmen dafür**

**9 Stimmen dagegen**

- 2. Abstimmung über den Antrag von Kreisrat Alexander Müller:**

**Der Landkreis Ebersberg hält weiter den eingeschlagenen Weg der Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes „Konzentrationsflächen Windkraftanlagen“ der Gemeinden für richtig und wird ihn weiter unterstützen. Nur dadurch werden aus heutiger Sicht die vereinbarten Ziele der Energiewende im Landkreis gesichert.**



einstimmig angenommen

**TOP 11 Vorplanung Haushalt 2015 für das Teilbudget des ULV-Ausschusses und Kommunale Abfallwirtschaft (KAW)**

2014/2038

SFC / HH 2015

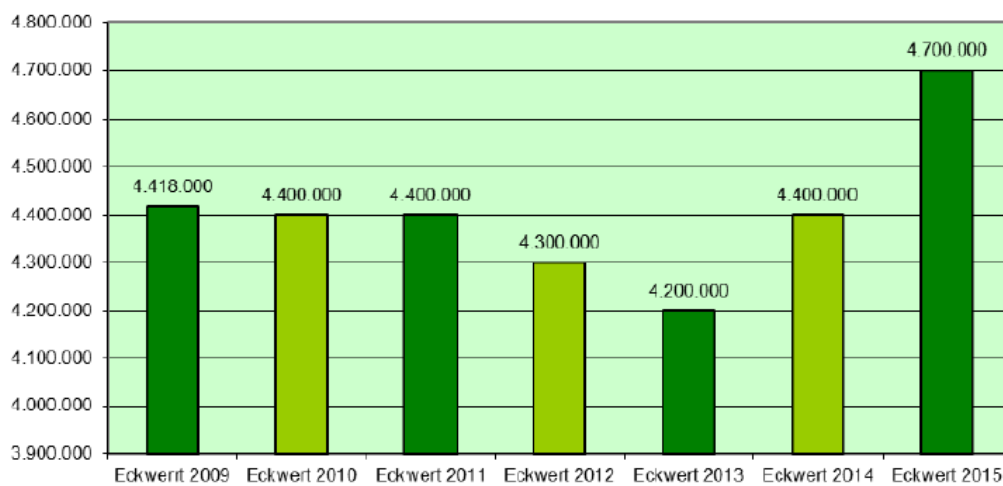
An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller. Diese erläuterte anhand der anschließenden Präsentation den Sachverhalt:

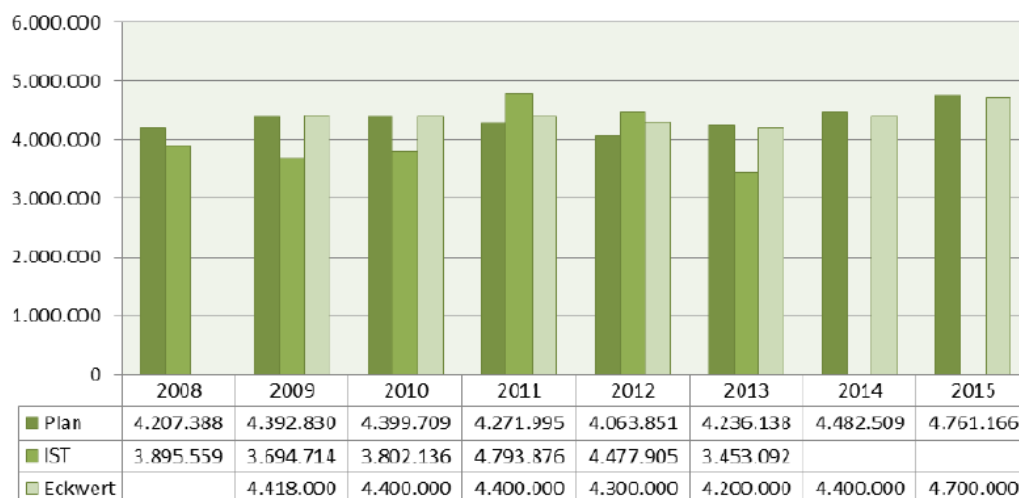
ULV-Ausschuss am 30.09.2014 TOP 9 ö  
Vorplanung Haushalt 2015 für das Teil-  
budget des ULV-Ausschusses  
und Kommunale Abfallwirtschaft (KAW)

**Cockpit – Entwicklung der Eckwerte**



Die Eckwerte des ULV-Ausschusses wurde 2015 gegenüber 2014 um 300.000 € erhöht. Hauptgründe: Wirtschaftsförderung / Regionalmanagement, ÖPNV sowie Kreisstraßen (Rücknahme der Kürzung)

**Cockpit – Plan-/Ist-Vergleiche**



Der vom Kreistag in seiner Sitzung am 28.07.2014 vorgegebene Eckwert in Höhe von 4,7 Mio € wird um 61.166 € bzw. 1,3 % nicht eingehalten. Der Eckwert wurde gegenüber dem Vorjahr um 300.000 € erhöht.

## Planerfüllung seit 2008

	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	92,59%	7,41%
2009	84,11%	15,89%
2010	86,42%	13,58%
2011	112,22%	-12,22%
2012	111,33%	-11,33%
2013	81,52%	18,49%

2011 und 2012 Sondersituation wegen der Periodenbereinigung bei der Schülerbeförderung und Abrechnungsveränderungen mit dem ÖPNV.

2013 war wieder alles im „grünen Bereich“.

## Kostenträger

	2011	2012	2013	2014	2015	Abweichung	Grund
	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	
1123 MVV Busverkehr im Landkreis (ÖPNV)	969.974	1.225.060	984.491	1.036.100	1.178.600	142.500	1)
1131-1134 Schülerbeförderung weiterführende Schulen	1.594.393	842.101	246.452	977.020	905.610	-71.410	2)
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	304.767	259.211	309.946	212.541	234.380	21.839	3)
4142 Wohnungsbauförderung d.LK f.d.Mietwohnungsbau u.sonst. Aufg. im Bereich Mitwohn.	115.428	107.284	26.269	59.000	71.084	12.084	
1124 Nachtexpress	90.000	100.000	105.000	105.080	121.250	16.170	4)
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	54.344	54.637	55.458	55.946	56.146	200	
910 Kreisstraßen und -unterhalt	1.422.333	1.384.941	1.402.113	1.542.216	1.524.672	82.456	5)
<b>Summe</b>	<b>4.551.239</b>	<b>3.973.234</b>	<b>3.129.728</b>	<b>3.987.903</b>	<b>4.191.742</b>	<b>203.839</b>	

Begründungen SiVo Seite 3.

Die dargestellten Kostenträger bilden 88 % des gesamten Teilbudgets ab.

## Steuerungsgröße Personalkosten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Abweichung
	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan	
<b>Summe Personalaufwendungen</b>	<b>3.143.735</b>	<b>3.286.407</b>	<b>3.501.086</b>	<b>3.609.643</b>	<b>3.657.200</b>	<b>3.807.690</b>	<b>150.490,00</b>

Dies entspricht einer Steigerung gegenüber 2014 um 4,1 %. Die feststehende und einkalkulierte Tarifsteigerung ab 1.1. beträgt + 3,0 % bei den Beamten und + 2,4 % bei den Beschäftigten.

Die höchsten Personalkostensteigerungen gab es im Bereich der Führerscheinstelle, dort wurde eine Staatsbedienstete durch eine Kreisbedienstete ersetzt.

Ohne diese Veränderung hätte die Personalkostenerhöhung 2,8 % betragen und läge im Korridor der Tarifsteigerung.



**Kostenstellen**

	2011	2012	2013	2014	Prognose SG im Mai 2014 für HH 2015	2015			
	Jan - Aug	Jan - Aug	Jan - Aug	Jan - Aug		Plan Vorjahr	Plan	Abw. Plan Vorjahr	
	Ist	Ist	Ist	Ist					
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR)	127.009	133.501	147.074	130.589	Bedarf 284.000	212.541	234.380	21.839	1)
112 ÖPNV/Fernradwege/Nachtexpress	995.750	1.115.443	828.177	1.035.928	100.000	1.193.255	1.351.333	158.078	2)
113 Schülerbeförderung	392.152	-208.838	-651.024	-240.874	Planeinhaltung	1.043.850	975.730	-68.120	2)
320 Kfz-Zulassungsstelle	-376.132	-398.061	-381.071	-353.016	Planeinhaltung	-580.088	-521.206	58.882	3)
325 Führerscheinstelle	14.013	17.218	-11.743	-20.319	Planeinhaltung	6.318	50.768	44.451	4)
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	42.356	-32.383	-25.285	-31.186	Plan- verbesserung	91.724	71.432	-20.292	
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	-24.339	-7.246	-2.641	-142	Planeinhaltung	5.560	-12.426	-17.986	
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	26.965	26.118	26.254	34.054	Planeinhaltung	55.946	56.146	200	
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	88.257	91.541	83.851	89.512	Planeinhaltung	166.073	167.577	1.504	
420 Bauamt	-99.893	76.139	10.383	-420.421	Planeinhaltung	163.402	134.133	-29.269	
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	111.596	117.895	108.828	29.654	Plan- verbesserung	220.060	238.629	18.569	
450 Naturschutz, Landschaftspflege	112.591	159.016	207.038	220.646	Planeinhaltung	361.653	392.937	31.284	5)
910 Kreisstraßen und -unterhalt	715.896	661.814	475.877	804.451	+ 100.000	1.542.216	1.624.672	82.456	6)
<b>Summe</b>	<b>2.126.220</b>	<b>1.752.159</b>	<b>815.717</b>	<b>1.278.896</b>		<b>4.482.509</b>	<b>4.761.166</b>	<b>278.657</b>	

Begründungen SiVo Seite 6.

**Kennzahlen**

In fast allen staatlichen Sachgebieten sind Vergleiche aufgebaut. Der Landkreis nimmt seit 2006 an der Vergleichsgruppe im Bayerischen Innovationsring teil. Abgestimmte Daten sind im jeweiligen Haushaltsplan eines Jahres bzw. im Berichtswesen an die Politik dargestellt.

**Steuerungsmöglichkeiten (1)**

Zum ÖPNV hat der ULV-Ausschuss einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass mittel- bis langfristig ein Kostendeckungsgrad von 50 % erreicht werden soll. Dieses Ziel wurde erstmals 2012 erreicht. Der Kostendeckungsgrad lag bei 53,1 %. Im ersten Jahr der Messung 2002 lag er bei 25,5 %.

Neues Ziel 2013: Im Sinne einer strategischen Zukunftsausrichtung wird der Kostendeckungsgrad bei über 50 % stabilisiert und in den nächsten 10 Jahren auf 60 % gesteigert. Grundlagen: gute Fahrplanangebote, gezielte Investitionen, optimale Fahrplange-  
gestaltung, Alternativen bei schlechten Auslastungsgraden suchen und umsetzen.

2013 hat sich der Kostendeckungsgrad etwas verschlechtert auf 47,3 %.

**Steuerungsmöglichkeiten (2)**

Das Teilbudget ist stark geprägt von den staatlichen Aufgabenbereichen wie Zulassungs- und Führerscheinstelle, Veterinärwesen, Bauamt, Naturschutz sowie Wasser-, Abfall- und Immissionsschutz.

Diese Aufgaben können vom Kreistag inhaltlich nicht gesteuert werden, wohl aber dessen Personaleinsatz.

Seit einem Jahr wird das Personalbemessungsinstrument, das von der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung erarbeitet wurde, angewandt und ist Grundlage zur Personalbemessung in den Fachbereichen.

### Zusammenfassung Teilhaushalt ULV – Ergebnisrechnung

Summe	IST 2011	IST 2012	IST 2013	Eckwert 2015	Abweichung zum Plan 14
<b>Teilbudget ULV-Ausschuss</b>	4.793.876	4.477.905	3.453.092	4.700.000	<b>+ 278.656,75</b>

Das Teilbudget des ULV-Ausschusses liegt um 61.166 € über dem Eckwertebeschluss des Kreistages vom 28.07.2014 und um 278.657 € über der Planung des Vorjahres. Das vom Kreistag vorgegebene Ziel wurde um 1,3 % verfehlt.

### Investitionen

Siehe Sitzungsvorlage Seite 7 und 8

Zusammenfassung:

**Gesamtsumme Investitionen Straßen 1.398.000**

Sonstige Investitionen der Kostenstellen – SiVo Seite 7:

**Gesamtsumme Sonstige Investitionen ULV 74.521**

**Gesamtsumme Investitionen ULV-Ausschuss (ohne KAW) 1.472.521**

Zusammenfassung:

Die komplette Investitionssumme 2015 liegt um 468.050 € unter der Planung des Vorjahres.

### Warteliste 2015

Siehe SiVo Seite 8 und 9:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
EBE 9: Ausbau zwischen Haging und Jakobneuharting – Abschnitt Schaurach (2. BA)	910-09-003	755.000
EBE 4: Ortsumgehungen Weißenfeld und Parsdorf	910-04-004	>1.200.000
EBE 8: Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung	910-08-007	505.000

Für diese Maßnahmen sind im Haushalt 2015 bis 2018 keine Haushaltsmittel vorgesehen.

Die Maßnahme EBE 8 wurde im Haushalt umbenannt:

Alt: Fahrbahnverstärkung Nettelkofen

Neu: Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung

### Warteliste 2014 – Herausnahme einer Maßnahme

EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6:

Diese Maßnahme wird von der Warteliste genommen, weil die Kosten unter 200.000 € liegen werden. 2016 sind dafür in der Finanzplanung 150.000 € vorgesehen.

Bis zur Haushaltsplanung 2016 werden dann auch die Ergebnisse der Straßenzustandsbemessung verfügbar sein.

### Kommunale Abfallwirtschaft

Ausführlich siehe SiVo Seiten 9 bis 11 und Anlagen 3 bis 5.

Für die Kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 6.220.583 € Erträge und 7.073.186 € Aufwendungen eingeplant.

Damit wird ein **Fehlbetrag in Höhe von 852.603 €** geplant. In dieser Höhe werden die vorhandenen Gebührenaussgleichsrückstellungen reduziert. Auswirkungen auf die Kreisumlage entstehen aus diesem Bereich nicht. Die Gebührenaussgleichsrückstellung hat ein Volumen in Höhe von 2,26 Mio €. An Investitionen werden 2015 insg. 484.100 € geplant. Diese können aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden.

#### Beschlussvorschlag

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Für den Teilhaushalt des ULV-Ausschusses (13 Budgets) werden im Haushalt 2015 Mittel in Höhe von netto 4.761.166 € eingeplant.

Für Investitionen werden Mittel in Höhe von netto 1.472.521 € eingeplant.

Für die kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 6.419.778 € Erträge und 7.073.186 € Aufwendungen eingeplant. Damit wird ein Fehlbetrag in Höhe von 852.603 € geplant. Die Gebührenaussgleichsrückstellung wird entsprechend reduziert. Für Investitionen werden 484.100 € geplant.

Folgende Projekte bleiben auf der Warteliste:

1. EBE 9: Ausbau Abschnitt Schaurach mit 755.000 €.
2. EBE 4: Ortsumgehungen Weißenfeld und Parsdorf mit >1.200.000 €
3. EBE 8: ~~Fahrbahnverstärkung Nettelkofen~~ **Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung** mit 505.000 €

Die Maßnahme EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6 mit 300.000 € wird von der Warteliste genommen, weil das Investitionsvolumen unter 200.000 € betragen wird. Es wird in die Finanzplanung 2016 mit 150.000 € eingestellt.

#### **Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und geklärt:**

- Auf den Hinweis der Nichteinhaltung des Eckwertes verwies Frau Keller auf die Seite 2 der Sitzungsvorlage, in der dargelegt wurde, dass in den Vorverhandlungen des Finanzmanagements heuer wieder beachtliche Korrekturen vorgenommen werden. Vom Erstentwurf der Sachgebiete bis zu der Sitzungsvorlage wurden Kürzungen in Höhe von rund 600.000 € vorgenommen.
- Auf die Anfrage aus dem Gremium, ob die Verwaltung durch eine Gebührenerhöhung bei der kommunalen Abfallwirtschaft dem Fehlbetrag entgegenwirke, da die Ausgleichsrückstellungen endlich seien, antwortete Frau Keller, dass die Gebühren alle 4 Jahre neu kalkuliert würden. Herr Dirscherl ergänzte, dass die Neukalkulation der Gebühren nächstes Jahr erfolge.
- Auf die Anmerkung aus dem Gremium bzgl. der Darstellung des Ansatzes in der Anlage 2 „Investitionsplan“ der versandten Unterlagen erklärte Frau Keller, dass die Gesamtkosten einer Maßnahme künftig aufgeführt würden.
- Auf die Nachfrage aus dem Gremium zur Anlage 2 „Investitionsplan“, ob der Kreuzungsumbau / St 2089 der EBE 8 im Jahr 2016 mitreingenommen werde, antwortete Herr Dirscherl, dass der Grunderwerb noch erfolgen müsse und es sich um eine Folgemaßnahme einer staatlichen Maßnahme handle. Frau Keller ergänzte, dass die veranschlagten 80.000 € im Jahr 2016 eingestellt würden, sollten diese im Jahr 2015 nicht benötigt werden.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Für den Teilhaushalt des ULV-Ausschusses (13 Budgets) werden im Haushalt 2015 Mittel in Höhe von netto 4.761.166 € eingeplant.**
- 2. Für Investitionen werden Mittel in Höhe von netto 1.472.521 € eingeplant.**
- 3. Für die Kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 6.419.778 € Erträge und 7.073.186 € Aufwendungen eingeplant. Damit wird ein Fehlbetrag in Höhe von 852.603 € geplant. Die Gebührenaussgleichsrückstellung wird entsprechend reduziert. Für Investitionen werden 484.100 € geplant.**

#### 4. Folgende Projekte bleiben auf der Warteliste:

1. EBE 9: Ausbau Abschnitt Schaurach mit 755.000 €.
2. EBE 4: Ortsumgehungen Weißenfeld und Parsdorf mit >1.200.000 €
3. EBE 8: Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung mit 505.000 €
5. Die Maßnahme EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6 mit 300.000 € wird von der Warteliste genommen, weil das Investitionsvolumen unter 200.000 € betragen wird. Es wird in die Finanzplanung 2016 mit 150.000 € eingestellt.



einstimmig angenommen

TOP 12	Einführung der Rufbuslinie 443 Steinhöring-Traxl-Frauenneuharting-Tulling-Sankt Christoph-Abersdorf-Steinhöring
--------	--

2014/2209

11/851-7

An der Beratung nahmen teil: Henry Rüstow, Mitarbeiter des SG 11, Zentrale Angelegenheiten des Landkreises

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab, nach einer kurzen Einführung, das Wort an Herrn Rüstow, der folgende Übersicht dem Gremium zeigte.

## Rufbuslinie

### Verlauf der Linie 443



Herr Rüstow wies darauf hin, dass Im ULV-Ausschuss am 23.07.2014 unter TOP 11ö zur Regionalbuslinie 444 unter 2.7.9. folgender Beschluss gefasst wurde:

- 2.7.9. Die Verwaltung wird beauftragt alle Möglichkeiten zu nutzen um Fördermittel aus dem Finanzierungsprogramm der Regierung von Oberbayern „Mobilität im ländlichen Raum“ zur Förderung einer flexiblen Bedienform (Rufbuslinie), zur Anbindung des Filzenexpresses, zu erhalten. Dem Ausschuss ist durch die Verwaltung über das Ergebnis des Antrages auf Fördermittel zu gegebener Zeit zu berichten, um weitere Entscheidungen treffen zu können.

Herr Rüstow berichtete, dass mit Schreiben der Regierung von Oberbayern vom 22.07.2014 (Eingang 25.07.2014) mitgeteilt wurde, dass der Landkreis Ebersberg in das Sonderförderungsprogramm von bedarfsorientierten Bedienformen des ÖPNV im ländlichen Raum aufgenommen wird. Die Förderung liege bei 70 %.

Herr Rüstow erläuterte die Sitzungsvorlage für die neu einzuführende Rufbuslinie 443 bezüglich der Förderung, der Bereitstellung der Haushaltsmittel sowie des Fahrplan- und Ausschreibungskonzeptes.

Das Ausschreibungsergebnis werde am 17.10.2014 vorliegen. Diese Linie wurde für 2 Jahre ausgeschrieben, mit der Option einer Verlängerung, worüber der Ausschuss in der Sitzung im Juli 2016 entscheiden müsse.

**Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und geklärt:**

**Auf die Anmerkung** aus dem Gremium; dass die Fahrpläne kompliziert zu lesen seien, antwortete Herr Rüstow, dass mit dem Fahrplan der Regionalbuslinie 443 versucht werden musste, früh und mittags die Fahrtrichtung des Filzenexpresses Richtung Wasserburg und München und am Nachmittag die umgekehrte Richtung sicherzustellen. Dabei mussten die Anschlüsse der Linien 444, 9421 und des Filzenexpresses bestmöglich organisiert werden.

**Anregung** aus dem Gremium, den dezentral untergebrachten Asylbewerbern aus dem Bereich Emmering solle ermöglicht werden, den Bahnhof Aßling zu erreichen. Darauf antwortete Herr Rüstow, dass dies über die Linie 444 möglich sei. *(Redaktionelle Anmerkung nach der Sitzung: Alle möglichen Anbindungen der Linie 444 mit Ankunft in Jakobneuharting haben dort eine Anbindung auf die Linie 443 nach Tulling und umgekehrt und sind auch für die Bürger aus dem Gemeindebereich Emmering nutzbar.)*

Die Schülerbeförderung der Landkreisschüler aus der VG Aßling werde weiterhin auf der Linie 444 sichergestellt, wie bereits im Ausschuss am 23.07.2014 zur Linie 444 erläutert wurde, so Herr Rüstow weiter.

Nachdem Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass der neue Fahrplan der Linie 443 bei Bedarf den Bedürfnissen anzupassen sei, ließ er über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Der ULV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:**

- 1. Durch die Aufnahme des Landkreises Ebersberg in das Sonderförderprogramm für bedarfsorientierte Bedienformen des ÖPNV im ländlichen Raum wird der Einführung einer Rufbuslinie 443 Steinhöring-Traxl-Frauenneuharting-Tulling-Sankt Christoph-Abersdorf-Steinhöring und zurück für eine Probezeit von zwei Jahren mit der Option einer Verlängerung um weitere zwei Jahre zugestimmt.**
- 2. Um die Inbetriebnahme der Rufbuslinie 443 noch bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2014 zu gewährleisten, wurde die Ausschreibung durch den MVV bereits eingeleitet, damit das Ausschreibungsergebnis Ende Oktober vorliegt. Da zu dieser Zeit jedoch keine Sitzung des ULV-Ausschusses stattfindet, beauftragt der ULV-Ausschuss den Landrat, der Vergabeempfehlung des MVV für die Regionalbuslinie 443 zuzustimmen und den MVV zu beauftragen, den Verkehrsvertrag abzuschließen.**
- 3. Der Ausschuss wird über das Ergebnis der Ausschreibung und die Vergabe im nichtöffentlichen Teil der nächsten Sitzung des ULV-Ausschusses informiert.**
- 4. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die zweijährige Probephase der Rufbuslinie 443 für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 werden entsprechend nach Abzug des Förderbetrages zur Verfügung gestellt. Sie sind in der Haushaltsplanung 2015 bereits berücksichtigt und 2016 entsprechend einzuplanen. Für den Probetrieb der Regionalbuslinie 443 wird ein Bedarf an Landkreismitteln von jährlich 30.000 € bis 40.000 € pro Jahr erwartet.**

5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem ULV-Ausschuss in der Sitzung im Juli 2015 (Fahrplan 2016) über die ersten Nutzungsergebnisse der Rufbuslinie 443, zu berichten.
6. Der ULV-Ausschuss entscheidet im Juli 2016 über den weiteren Betrieb der Linie 443.



einstimmig angenommen

TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 14	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

TOP 14.1	Windenergie; Messergebnisse im Ebersberger Forst
----------	--

An der Beratung nahmen teil: Hans Gröbmayr, Mitarbeiter Büro Landrat, Klimaschutzmanagement

Landrat Robert Niedergesäß erteilte Herrn Gröbmayr das Wort. Dieser teilte die Windmessergebnisse im Ebersberger Forst mit. Die Messung ergab 5,23 Meter pro Sekunde; in einer 20-jährigen Betrachtung entspricht dies einem Ergebnis von 5,6 Meter pro Sekunde. Derzeit werde eine Ertragsberechnung gemacht.

Da der geplante Windpark in der Nähe der Radaranlage des Flugsicherungsdienstes bei der Gemeinde Steinhöring liege, werde noch auf die Stellungnahme des Flugsicherungsdienstes gewartet, die bereits vor über 7 Monaten angefordert wurde. Davon sei es u.a. abhängig, ob Windräder im Ebersberger Forst gebaut werden können.

TOP 14.2	Tagesordnung Hearing im Kreistag am 22.11.2014
----------	--

An der Beratung nahmen teil: Hans Gröbmayr, Mitarbeiter Büro Landrat, Klimaschutzmanagement

Herrn Gröbmayr informierte das Gremium mit einer Präsentation:

<b>Termin:</b>	Samstag, 22. November 2014
<b>Zeitdauer:</b>	9:00 bis 13:30 Uhr
<b>Ort:</b>	Ebersberger Alm, Ludwigshöhe 3, 85560 Ebersberg
<b>Teilnehmer:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Landrat</li><li>- Kreistagsmitglieder</li><li>- Bürgermeister aller Gemeinden</li><li>- Vertreter aller Fraktionen der Gemeinderäte im LK Ebersberg</li><li>- Aufsichtsräte, Vorstände und Beiräte der Energiegenossenschaften</li><li>- Vertreter der Agenda- und Energie-Arbeitskreise des LKs und der Gemeinden</li><li>- Interessierte Bürgerinnen und Bürger</li></ul>
<b>Sachverständige:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Ludwig Karg, B.A.U.M.</li><li>- Sebastian Osenstetter, energie.concept.bayern. (ecb) für das Thema Energienutzungsplan</li><li>- Christian Kutschker, GF der AbensDonauEnergie für das Thema „Regionales Energieversorgungsunternehmen“</li><li>- Michael Pelzer, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Weyarn für das Thema „Kommunale Umsetzung der Energiewende“</li></ul>

### **Ablauf der Veranstaltung**

- 9:00 – 9:10 Begrüßung und Einführung  
*Landrat Robert Niedergesäß*
- 9:10 – 9:20 Vorstellung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion  
*Fraktionssprecher Albert Hingerl*
- 9:20 – 10:00 Historie und geänderte Rahmenbedingungen  
*Ludwig Karg, B.A.U.M.*
  - Kreistagsbeschlüsse und deren Umsetzung
  - Strukturelle Vorgaben und Steuerungselemente*Hans Gröbmayer, Klimaschutzmanager*
  - Geänderte Rahmenbedingungen
  - ❖ Nachfragen und Aussprache
- 10:00 – 10:45 Sachstand nach Auswertung des Energienutzungsplans  
*Sebastian Osenstetter, energie.concept.bayern*
  - Regenerative Erzeugung Strom und Wärme
  - ❖ Nachfragen und Aussprache
  - Einschätzung der Potenziale
  - ❖ Nachfragen und Aussprache

### **Ablauf der Veranstaltung**

- 11:15 – 12:00 Impulsreferate  
*Michael Pelzer*
  - Die Verantwortung, die Rolle und die Spielräume der Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende*Christian Kutschker*
  - Das Regionale Energie-Versorgungsunternehmen als notwendiger Baustein der Energiewende*Sebastian Osenstetter*
  - Der Energienutzungsplan als Fahrplan der Energiewende – Best-Practice-Beispiele und Projektvorschläge*Hans Gröbmayer*
  - Die Energiewende ist machbar: Beispiele aus den Landkreisgemeinden
  - ❖ Nachfragen und Aussprache
- 12:00 – 12:30 Aspekte der Umsetzung der Energiewende  
*Hans Gröbmayer*
  - Interkommunale Zusammenarbeit
  - Thema Verkehr
  - Netzwerk der Akteure
  - ❖ Nachfragen und Aussprache
- 12:30 – 13:30 Fazit

### **Ziel der Veranstaltung**

- Strategie zum Erreichen des Ziels 2030
- Definition von Zwischenzielen und Meilensteinen
- Einigung auf gemeinsames Vorgehen

**TOP 14.3 Zuschuss für die Energieagentur**

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat  
Hans Gröbmayr, Mitarbeiter Büro Landrat, Klimaschutzmanagement

Herr Neugebauer teilte mit, dass der Landkreis einen Zuschuss in Höhe von 130.000 €, verteilt auf drei Jahre, von der Regierung von Oberbayern für die Energieagentur erhalten habe.

Herr Gröbmayr fügte ergänzend hinzu, dass die Stellen ausgeschrieben und mit 1 ½ Stellen ausgeschöpft wurden. Zusätzlich hat die Energieagentur auch eine Praktikantin. Seit 15.09. sind die Leute da. Die Energieagentur werde Einsparberatungen anbieten und auch in die Schulen gehen.

**TOP 14.4 Verlängerung der Vertragslaufzeit des Klimaschutzmanagers**

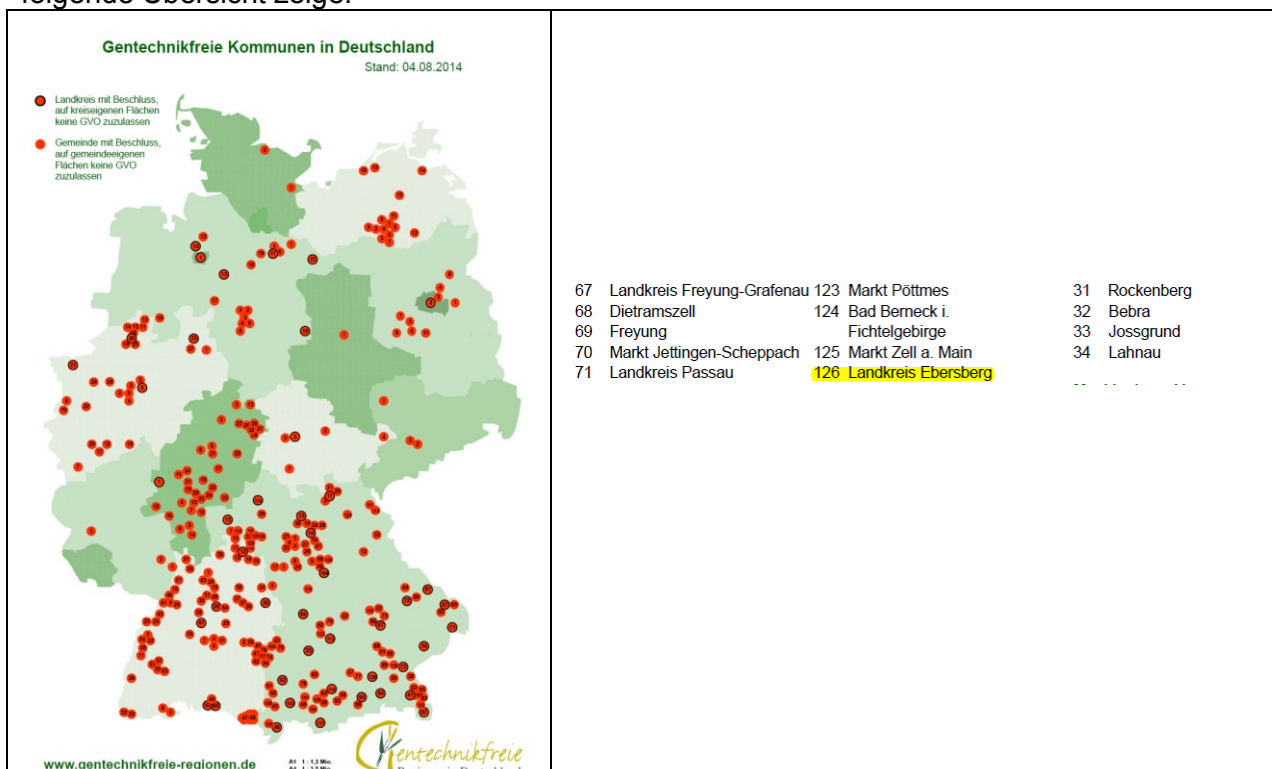
An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer teilte mit, dass es bzgl. der Vertragsverlängerung für weitere zwei Jahre von Herrn Gröbmayr gut ausschaue. Die weitere Bezuschussung durch das Bundesumweltministerium wurde bereits mündlich in Aussicht gestellt.

**TOP 14.5 Beitritt des Landkreises zur gentechnikfreien Region**

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer teilte mit, dass der ULV-Ausschuss dem Antrag der damaligen KRin Rosi Reindl von der ödp vom 16.02.2014, dem Netzwerk „Gentechnikfreie Region“ beizutreten, zugestimmt habe. Der Landkreis sei zwischenzeitlich Mitglied mit der Nummer 126, wie die folgende Übersicht zeige.





TOP 14.6 Kreisstraße EBE 05; Grundsanie rung des Neufarner Bergs

An der Beratung nahmen teil: Johannes Dirscherl Leiter SG 15, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft  
Henry Rüstow Mitarbeiter SG 11, Zentrales und Kreisangelegenheiten

Herr Dirscherl informierte das Gremium zur Grundsanie rung für den Neufarner Berg, dass die Kostenberechnung des vom Straßenbauamt beauftragten Ingenieurbüros bei weit über 400.000 € lag.

Das Ausschreibungsergebnis läge mit 339.700 € nur geringfügig über der ursprünglichen Kostenschätzung. Die Gemeinden seien bereits über die Sperrung des Neufarner Bergs für 14 Tage informiert worden, erklärte Herr Dirscherl.

Herr Rüstow äußerte seine Bedenken, da es dadurch Mehraufwendungen bei der Schülerbe förderung und Einschränkungen der Linie 469 geben werde.

TOP 14.7 Kreisstraße EBE 17; Kreisverkehr Segmüller

An der Beratung nahmen teil: Johannes Dirscherl Leiter des SG 15, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft

Herr Dirscherl informierte das Gremium, dass die Gemeinde Vaterstetten die Arbeiten an der EBE 5 und 17 im Gewerbegebiet in Parsdorf durchführe. Der Kreisverkehr beim Möbelhaus Segmüller müsste nunmehr „hergerichtet“ werden. Vorgesehen war die Aufbringung einer 4 cm Asphalt schicht. Aus Bohrkernen war jedoch zu entnehmen, dass die unteren Asphalt schichten brüchig sind. Die neue (dünne) Deckschicht wäre bereits in Kürze (< 5 Jahre) wie der kaputt. Die Straße müsste dann aufwendig saniert werden.

Die Gemeinde informierte das Straßenbauamt am 22.09.14 über die Untersuchungsergeb nisse. Das Straßenbauamt empfahl, statt der kurzfristigen Lösung die ohnehin bald fällige Sanierung vorzuziehen und die kompletten Asphalt schichten neu aufzubauen. Nach Schät zung betragen die Kosten rund 95.000 €, wenn die Maßnahmen unverzüglich begonnen würde. Dieser Betrag war nicht eingeplant. Landrat Robert Niedergesäß stimmte der Durch führung der o.g. Maßnahme bereits zu.

TOP 15 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

keine

TOP 16 Anfragen

keine

Landrat Robert Niedergesäß beendete die öffentliche Sitzung um 19:35 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.